

auch darauf hin, dass die Besucher der Cafes vor allem an Computerspielen und Pornographie interessiert sind und kaum an sonstigen Inhalten, wie etwa Politik. Der *Guardian* betont das Problem der wachsenden Jugendkriminalität. (BBC PF, 17.6.02; *Guardian*, 17.6., 25.6., 10.7.02; Hongkong AFP, 19., 21.6.02, nach FBIS, 19., 21.6.02; SCMP, 1.7.02; *Washington Post*, 16.6.02) -tk-

16 Neue Initiative zur Förderung der tibetischen Sprache

Ende Mai wurde bekannt, dass im gleichen Monat in Tibet ein Gesetz zum Schutz und zur Förderung der tibetischen Sprache verabschiedet worden war, dass vorläufige Regelungen aus dem Jahr 1987 ersetzt. Danach sollen auch in Tibet lebende Han-Chinesen die tibetische Sprache lernen. Unklar ist, welches Niveau dabei erreicht werden soll, bzw. ob die Kenntnisse überprüft werden. Die Ausbildung von Sprachlehrern soll energisch gefördert werden. Insgesamt soll die Sprache gegenwärtig von fünf Millionen Menschen in der Volksrepublik China und in den südlichen Nachbarländern gesprochen werden. (XNA, 23.5.02; ST, 24.5.02) -tk-

17 Amerikanische Studie zur chinesischen Presse veröffentlicht

In den Vereinigten Staaten wurde am 30. Mai eine 130-seitige Untersuchung zur chinesischen Berichterstattung über die USA mit dem Titel „Perspectives toward the United States in Selected Newspapers of the People's Republic of China“ veröffentlicht. Die vom Institute for Global Chinese Affairs und Department of Communication der University of Maryland im Auftrag der U.S. China Security Review Commission verfasste Studie untersucht die Berichterstattung in sechs chinesischen Zeitungen im Frühjahr 2001 (Spionageflugzeugzwischenfall), im September 2001 und im Frühjahr 2002 (Chinabesuch von US-Präsident George W. Bush). Zu den untersuchten Zeitungen gehören die *Volkszeitung*, die *Beijinger Jugendzeitung*, die *Xinmin Abendzeitung* aus Shanghai und die *Yangcheng*

Abendzeitung aus Guangzhou; daneben wurden Berichte der Nachrichtenagentur Xinhua (Neues China) mit Berichten aus anderen Quellen verglichen.

Insgesamt wird die chinesische Amerika-Berichterstattung als objektiv und ausgewogen bezeichnet; zwar gäbe es gelegentlich sehr kritische Artikel, diese würden aber durch sehr positive Beiträge ausgeglichen. Gleichzeitig wurden aber klare Unterschiede zwischen chinesischen Berichten über Politik und Politiker einerseits und gesellschaftliche, kulturelle und technologische Themen andererseits festgestellt. Chinesische Kritik an den USA sei meist indirekt, häufig würden negative Amerikaberichte aus Drittländern verwendet. Besonders beliebt seien Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den USA. (<http://www.uscc.gov/rese.htm>) -tk-

18 Economist-Heft mit China-Schwerpunkt erschienen – und verboten

Am 13. Juni veröffentlichte der britische *Economist* eine Ausgabe mit einem 18-seitigen China-Schwerpunkt, die in China selbst nicht verkauft wurde. Das Heft soll zwar angeblich an 2.500 Abonnenten ausgeliefert worden sein, die 600 übrigen Exemplare wurden jedoch nicht verkauft. James Miles, der für den Schwerpunkt verantwortliche *Economist*- (und BBC-) Korrespondent, war hierüber offenbar nicht überrascht. Das Heft enthält u.a. für Liberalisierung plädierende Beiträge und Spekulationen über den kommenden Parteitag. (Reuters, 21.6.02) -tk-

19 Neues über Raumfahrt und Fernsehsatelliten

Im Zusammenhang mit dem Testflug der Raumkapsel Shenzhou 3 (vgl. C.a., 2002/4, Ü 25) und den chinesischen Mondlandepänen (C.a., 2002/5, Ü 16) wurden in den letzten Wochen noch weitere Informationen bekannt. Verschiedene Berichte deuten darauf hin, dass noch in diesem Herbst Shenzhou 4 mit mehreren Satelliten gestartet werden soll. Shenzhou 4 soll zwar für bemannte Flüge geeignet sein, aber in diesem Jahr noch unbemannt flie-

gen. Außerdem gab es mehrere Berichte über das Kontrollzentrum in Kashgar (Kashi) in Xinjiang, das bisher nur selten erwähnt wurde. Im Gegensatz zu den zahlreichen euphorischen Berichten über ehrgeizige Zukunftspläne, wird aus Hongkong gemeldet, dass China den für 2003 vorgesehenen Start eines Fernsehsatelliten abgesagt hat. Als Begründung wurde angegeben, dass die Möglichkeiten zum Empfang von Satellitenprogrammen nicht verbessert werden sollten, weil dieser schlecht zu kontrollieren wäre; stattdessen soll nun das Kabelfernsehen gefördert werden. Noch im letzten Jahr war angekündigt worden, dass in den kommenden sechs Jahren 60 Millionen Fernsehzuschauer durch Satelliten versorgt werden sollten. (*Ming Pao*, 23.4.02, nach FBIS, 23.4.02; *Wen Wei Po*, 21.5.02, nach FBIS, 21.5.02; WSJ, 7.6.02; BBC PF, 10.6.02; XNA, 1.6., 5.6.02) -tk-

Außenwirtschaft

20 Enttäuschung über Wachstumstempo der ausländischen Direktinvestitionen

In den ersten fünf Monaten diesen Jahres nahmen die realisierten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,4% zu und erreichten einen Wert von 16,92 Mrd. US\$, wie das Ministerium für Außenhandel und Investitionen mitteilte. Dies stellt gegenüber dem Wachstum von 29% in den Monaten Januar bis April eine deutliche Verlangsamung dar, die sich allerdings bereits nach dem Ende des ersten Quartals 2002 abzeichnete. Eine erste Investitionswelle im Zusammenhang mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) scheint abzuebben; sie hatte dem Land im vergangenen Jahr realisierte ADI im Rekordwert von 46,9 Mrd. US\$ beschert.

Vor dem WTO-Beitritt, der im Dezember 2001 erfolgte, hätten viele internationale Unternehmen einen Platz im chinesischen Markt besetzen wollen, sagte Chen Xingdong, Chefvolkswirt von BNP Paribas Peregrine; nun normalisiere sich der Zustrom aus-

ländischer Direktinvestitionen wieder, dies schlage sich in den aktuellen Zahlen nieder. Sein Kollege Pu Yonghao, vom Investmenthaus Nomura, erwartet für das Gesamtjahr 2002 eine Zunahme der ADI von nur 10% und begründet dies ebenfalls mit einer abwartenden Haltung der Investoren nach dem erfolgten Beitritt zur WTO. (AWSJ, 12.6.02; SCMP, 13.6.02)

An der verringerten Dynamik konnte auch der neue Investitionskatalog der Zentralregierung nichts ändern, der im März vorgestellt worden war und im April in Kraft trat. Neben den bereits vorher zugänglichen 182 Sektoren wurden weitere 76 Wirtschaftsbereiche für ausländische Investoren geöffnet. (C.a., 2002/3, Ü 24) Das zuständige Ministerium stellte Anfang Juni weitere Zugeständnisse an ausländische Investoren sowie eine Klärung der bestehenden Richtlinien in Aussicht. Insbesondere der Zugang zu inländischen Anleihe- und Aktienmärkten für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung solle verbessert werden. (XNA, 8.6.02)

Charles Wolf von der Rand Corporation sieht einen direkten Zusammenhang zwischen ADI und Wachstum. Falls sich die jährlichen Zuflüsse deutlich verringern sollten, würde dies die Wachstumsrate des BIP erheblich reduzieren. Der Ökonom nennt eine Reihe von Risiken in diesem Zusammenhang. So könnte etwa die zögerliche Umsetzung von WTO-Regeln nachteilig wirken. Wenn andererseits interne Handelsbarrieren und Beschränkungen für Inländer wegfallen, droht dies die Wettbewerbsvorteile von ausländischen Investoren zu schmälern. Angesichts der zunehmenden Integration globaler Finanzmärkte sei zudem entscheidend, wie sich das Umfeld in den Regionen entwickelt, die mit China um ausländische Investitionen konkurrieren – womit nicht nur andere Staaten in Asien, sondern auch Osteuropa oder Lateinamerika angesprochen sind. (AWSJ, 24.6.02)

Bezogen auf das Gesamtvolumen der realisierten ADI im Jahre 2001 in Höhe von 46,878 Mrd. US\$ war Hongkong mit einem Anteil von 35,7% er-

führt und auf diesem Umweg wieder zurückgebracht wird. Ziel werden dabei vor allem die rechtliche Absicherung als Joint-Venture-Kapital und günstigere steuerliche und sonstige Bedingungen sein. Mit Anteilen von 9,5% und 9,3% waren die USA und Japan als dritt- und viertgrößte Herkunftsländer von ADI nahezu gleichbedeutend. Auf Taiwan entfiel ein Anteil von 6,4% und auf Südkorea sowie Singapur Anteile von jeweils 4,6%. Deutschlands Beitrag zu den realisierten ADI lag bei 2,6% und das wertmäßigste Volumen betrug 1,213 Mrd. US\$. (Siehe dazu die Tabelle „Ausländische Direktinvestitionen in China, Januar bis Dezember 2001“.) -bö-

21 Chinas Kapitalmarkt öffnet sich für ausländische Fondsgesellschaften

Im Einklang mit WTO-Vorschriften hat die Chinesische Börsenaufsicht Regeln für den Marktzugang durch ausländische Fondsgesellschaften er-

Tabelle: Ausländische Direktinvestitionen in China, Januar bis Dezember 2001
(Daten der zehn wichtigsten Herkunftsländer und Regionen)

Land oder Region	Zahl der Projekte	Wert der zugesagten Direktinvestitionen (in US\$ 10.000)	Wert der realisierten Direktinvestitionen (in US\$ 10.000)	Anteil an der Gesamtsumme der realisierten Direktinvestitionen (%)
Hongkong	8.008	2.068.586	1.671.730	35,7
Virgin Islands und Cayman Islands	1.707	1.038.103	610.905	13,0
USA	2.606	751.487	443.322	9,5
Japan	2.019	541.973	434.842	9,3
Taiwan	4.214	691.419	297.994	6,4
Südkorea	2.909	348.740	215.178	4,6
Singapur	675	198.417	214.355	4,6
Deutschland	280	117.145	121.292	2,6
Großbritannien	269	151.564	105.166	2,2
Niederlande	114	97.397	77.611	1,7
Gesamtsumme aller Direktinvestitionen	26.140	6.919.455	4.687.759	100

Quelle: Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: *China Economic News*, 25.3.02.

ENGER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ADI UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM
Wenn China Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von über 7% beibehalten möchte, ist auch in Zukunft ein hohes Volumen an ausländischen Investitionen nötig.

neut die wichtigste Herkunftsregion für ADI. Auf die Steuerparadiese Virgin Islands und Cayman Islands entfiel ein Anteil von 13%. Hierbei liegt die Vermutung nahe, dass es sich um „recycled capital“ handelt, das von Unternehmen aus der VR China ausge-

lassen; diese können ab Inkrafttreten der Regeln am 1. Juli 2002 Joint Ventures gründen oder sich an bestehenden chinesischen Fondsgesellschaften beteiligen. Der Auslandsanteil darf zunächst 33%, ab Dezember 2004 dann 49% betragen. Weiter ist vorgeschrie-

ben, dass der ausländische Partner mindestens 300 Mio. Yuan an Kapital einbringt, das sind umgerechnet 38,8 Mio. Euro. Dies sei kein kleiner Betrag, sagte Peter de Jong von der Commerzbank in Shanghai, gerade angesichts der enttäuschenden Entwicklung der chinesischen Aktien, die gegenüber ihren Höchstständen im Juni 2001 zeitweise bis zu einem Drittel an Wert verloren haben. Die jetzt erfolgte Umsetzung von Verpflichtungen im Rahmen des Beitritts zur Welt-handelsorganisation dient mithin auch dem Ziel, neue Liquidität für die Kapitalmärkte zu erschließen.

Seit 1998 hat sich die Zahl der Fonds von seinerzeit fünf auf heute 55 erhöht. Nicht zuletzt wegen der hohen privaten Devisen-Sparguthaben in China wird dem Markt ein großes Potenzial zugeschrieben. Bereits in den vergangenen drei Jahren schlossen viele westliche Fondsgesellschaften Vereinbarungen mit chinesischen Partnern. Nach Veröffentlichung der neuen Regeln sollen nun Joint Ventures gegründet oder Anteile vom chinesischen Partner übernommen werden. Einheimische Gesellschaften haben es nicht eilig, größere Anteile an ausländische Unternehmen zu verkaufen. In dieser Richtung äußerten sich etwa Mitarbeiter der Fondsgesellschaft Hua'an; das Unternehmen arbeitet bereits mit JF Funds aus Hongkong zusammen, das zu JP Morgan Fleming gehört. Die geplante Übernahme von Hua'an-Anteilen durch JF verzögert sich wegen Uneinigkeiten über den Preis. International gelten 3% der verwalteten Vermögen als Maß („benchmark“) für die Bewertung eines einprozentigen Anteils an einer Fondsgesellschaft. Derzeit verlangen chinesische Unternehmen angeblich wegen ihrer Schlüssel-funktion für den Marktzugang weit mehr.

Allerdings haben ausländische Investoren die Möglichkeit, für zu gründende Joint Ventures im Fondsgeschäft einen chinesischen Partner zu gewinnen, der noch nicht in dieser Branche tätig ist. Genau dies ist in einem anderen Geschäft nicht erlaubt: dem Wertpapierhandel. Um hier aktiv zu werden, müssen ausländische Unternehmen eines der 101 chinesischen Wertpapierhandelshäuser als Partner gewinnen. Wegen der geringen Kapitalausstattung eines großen Teils die-

ser Firmen stehen die Chancen hierfür recht gut. Außerdem wird die Branche von sinkenden Handelsumsätzen und Kommissionen geplagt, was die Profite schmälern und Übernahmen erleichtern dürfte. (HB, 5.6.02; FT, 5.6.02; AWSJ, 6.6.02)

ALLIANZ GRÜNDET JOINT VENTURE MIT GUOTAI JUN'AN

Im Januar des vergangenen Jahres vereinbarte die Dresdner Bank eine Zusammenarbeit mit dem Wertpapierhaus Guotai Jun'an. Am 26. Juni diesen Jahres wurde die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Allianz und Guotai besiegelt; der deutsche Partner hält zunächst 33%, später dann 49% an der entstehenden Guotai Jun'an Allianz Fund Management Co. Ltd. (*International Business Daily*, 1.7.02) Die Commerzbank arbeitet mit China Southern Securities zusammen. (HB, 5.6.02)

HINTERGRUND: SCHLÜSSELAKTEURE IM HÖCHST VOLATILEN CHINESISCHEN MARKT

Zu einer ersten Reorganisation des chinesischen Fondsmarkts kam es in den Jahren 1998 bis 2000. Aus den 78 offiziell registrierten, aber kaum wirkungsvoll beaufsichtigten „alten“ Investmentfonds wurden zunächst etwa 30 „neue“ Fonds, die von zehn Gesellschaften verwaltet wurden. Zusammen verfügten sie zeitweise über 10% der handelbaren A-Aktien – und somit über eine beträchtliche Marktmacht; zudem stehen die Fondsgesellschaften an der Spitze der Informationshierarchie. Wie Untersuchungen zeigen, sind gerade auch Fondsgesellschaften an den institutionalisierten Verfahren der Marktmanipulation beteiligt. Institutionelle Investoren sind die treibende Kraft von Spekulation und Kursmanipulation; langfristige Investitionen von Seiten institutioneller Anleger sind äußerst selten. Die Börsenaufsicht hat die Entstehung machtvoller Fondsgesellschaften seit 1999 gefördert und diese dazu angehalten, sich mit allen Mitteln für steigende Kurse einzusetzen. Neben den offiziell registrierten Unternehmen kommt den „Untergrundfonds“ weiterhin eine große Bedeutung zu. Auf dem grauen Markt waren Ende des Jahres 2000 mindestens 200 Mrd. Yuan von nicht lizenzierten Un-

ternehmen verwaltet und beispielsweise in nicht börsennotierte Staatsunternehmen investiert worden. (Siehe hierzu Sebastian Heilmann und Jörn-Carsten Gottwald (Hrsg.), *Der chinesische Aktienmarkt*, MIA 352, Hamburg 2002.) Bislang übliche Praktiken, wie die gezielte Beeinflussung von Kursen auf Geheiß staatlicher Stellen, lassen sich kaum mit internationalen Standards vereinbaren; sie stellen ein Risiko für das Renommee internationaler Finanzkonzerne dar. Nicht wenige Beobachter versprechen sich vom Markteintritt ausländischer institutioneller Anleger einen Rückgang der Manipulationen. -bö-

22 Chinas Luftfahrtsektor expandiert – und hofft auf ausländische Beteiligung

Internationale Branchenexperten gehen davon aus, dass China im Jahre 2010 der zweitgrößte Markt für zivile Luftfahrt sein wird, übertroffen nur von den USA. Diesen Einschätzungen entspricht eine Prognose des Flugzeugherstellers Airbus, nach der China in den kommenden 20 Jahren 1.600 neue Passagierflugzeuge benötigen wird, davon rd. 1.000 noch vor dem Jahr 2010. Der Sektor befindet sich in einer Umbruchphase. Nach kürzlich veröffentlichten Details von Plänen sollen durch Fusion drei große Fluggesellschaften entstehen.

Zudem treten am 1. August 2002 neue Regeln für ausländische Beteiligungen in Kraft. Eine Gruppe ausländischer Investoren darf dann bis zu 49% des Kapitals von chinesischen Fluggesellschaften halten; bisher lag die Grenze bei 35%. Dies gab ein leitender Mitarbeiter des Luftfahrtamts Anfang Juni auf der Tagung des Internationalen Lufttransportverbandes (IATA) bekannt. Für Flughäfen wird nur noch eine „eingeschränkte Kontrolle“ der chinesischen Seite vorgeschrieben. Dies ermöglicht Mehrheitsbeteiligungen durch Gruppen ausländischer Anteilseigner, denn bereits zuvor lag die Obergrenze für Luftverkehrsinfrastruktur bei 49%. Einzelne ausländische Unternehmen dürfen jedoch sowohl bei Fluggesellschaften als auch bei Airport-Unternehmen maximal 25% der Anteile erwerben. Die Palette der möglichen Formen von

ausländischen Investitionen wurde erweitert: Neben Kooperationsverträgen und Joint Ventures werden künftig auch Beteiligungen durch den Erwerb von Aktien möglich sein. (SCMP, 2.7.02; *Shanghai Evening Post*, 4.6.02; *Jiefang Daily*, 5.6.02; *Economic Information Daily*, 2.7.02)

LUFTHANSA-CHEF SIEHT AIR CHINA ALS KANDIDAT FÜR DIE STAR ALLIANCE

Die Star Alliance besteht aus 15 kooperierenden Fluggesellschaften, zu denen unter anderem Lufthansa, Quantas und die koreanische Asiana gehören. Eines ihrer strategischen Hauptziele ist die Gewinnung eines chinesischen Mitglieds. Beim Werben um geeignete Partner konkurriert die Star Alliance mit den Bündnissen Oneworld und Skyteam. Wunschkandidat von Lufthansa-Chef Jürgen Weber ist Air China. (NZZ, 6.6.02)

Die größte Fluggesellschaft der Volksrepublik, Air China, war am 15. April von einer Katastrophe betroffen, als eine Maschine mit 166 Passagieren an Bord in Südkorea abstürzte. Air China hat seitdem Sicherheitsinvestitionen von 32,6 Mio. US\$ angekündigt, allerdings ohne einen Zeitrahmen für die Ausgaben zu nennen. (SCMP, 13.6.02) Durch den Zwischenfall könnte sich der für nächstes Jahr geplante Börsengang weiter verzögern. Seit 1997 möchte das Unternehmen an die Börse, scheiterte bislang aber an schlechten Ergebnissen, einem Management aus der Zeit der Planwirtschaft und politischen Auflagen, die Air China zum Anfliegen bestimmter ausländischer Zielorte zwingen. China Southern dagegen ist bereits in Hongkong und New York gelistet und strebt noch in diesem Jahr auf den einheimischen Kapitalmarkt. Auch China Eastern ist bereits im Ausland notiert. (FT Deutschland, 3.5.02)

HINTERGRUND: FÜNF GESELLSCHAFTEN WERDEN DEN MARKT DOMINIEREN

Nach der Umstrukturierung des Luftfahrtsektors werden vermutlich fünf Fluggesellschaften den Markt beherrschen. Die drei größten werden durch Fusionen der neun Unternehmen entstehen, die direkt der chinesischen Luftfahrtbehörde CAAC unterstellt

sind. Das sieht ein Plan der CAAC vor, der noch auf die Genehmigung durch den Staatsrat wartet. Die Behörde will sich aus dem Management der drei neuen Luftfahrtgruppen zurückziehen. Im Einzelnen sind dies: die Air China Gruppe, bestehend aus der alten Air China, der China National Aviation und der Southwest Airlines; die China Eastern Gruppe, bestehend aus China Eastern, Yunnan Airlines und China Northwest Airlines; und schließlich die China Southern Gruppe, die neben der alten China Southern die Xinjiang Airlines und die China Northern Airlines umfasst. Die „Großen Drei“ werden etwa 80% des chinesischen Marktes unter sich aufteilen.

Beobachter wiesen darauf hin, dass es sich bei den Fusionen nicht um „Liebesheiraten“, sondern eher um „Zwangsehen“ handelt. Nicht der freie Markt, sondern eine Behörde habe die Entscheidungen getroffen. Im Zentrum der Überlegungen stand wohl das Ziel, bei der Größe der zu schaffenden Unternehmen eine kritische Masse zu erreichen, um so die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Synergieeffekte waren nur mittelbares Ziel und sind auch nur eingeschränkt zu erwarten, wenn etwa Gesellschaften mit stark unterschiedlichen Flugzeugflotten verschmolzen werden. Belastungen wie hohe Schulden und hohe laufende Kosten bleiben vorerst bestehen. Zudem gab es etwa in der Air China Gruppe Streit um die Führungskompetenzen im neuen Unternehmen.

Unter den regionalen Airlines bilden sich größere Zusammenschlüsse heraus. Als mögliche vierte Kraft im Luftfahrtmarkt wird die Hainan Airlines gehandelt. Die südchinesische Gesellschaft hat kürzlich mit der westchinesischen Chang'an Airlines fusioniert und sich zudem eine Kontrollmehrheit an der Xinhua Airlines gesichert. Im Gegensatz zu den ehemals der CAAC unterstellten Unternehmen verfügt Hainan Airlines über eine Unternehmensführung, die stärker marktwirtschaftlich orientiert ist. Die Flugzeugflotte und die Zahl der geflogenen Strecken sind jedoch eher klein.

Chancen auf eine Rolle im kommenden inländischen Fluggeschäft rech-

net sich auch die China Zhongtian Aviation Gruppe aus, die einen Zusammenschluss von sechs regionalen Fluggesellschaften darstellt, darunter Shandong Airlines, Shenzhen Airlines, Sichuan Airlines sowie die Shanghai Airlines. Letztere hat am 20. Juni diesen Jahres mit der Lufthansa ein Kooperationsabkommen geschlossen, das die Harmonisierung von Produktangeboten und gemeinsame Vertriebsmaßnahmen vorsieht. (NfA, 20.6.02) China Zhongtian verfügt über insgesamt 100 Flugzeuge; eine Zahl, die sie durchaus zum Wettbewerb mit den „Großen Drei“ befähigen würde. Doch die sechs Mitglieder der Gruppe sind nicht durch Kapitalbeteiligungen miteinander verbunden. Dies könnte Fragen zur Stabilität der Zusammenarbeit aufwerfen. (*China Economic News*, 11.2.02, 27.5.02; XNA, 6.6.02) -bö-

23 Ausländische Softwarehäuser wollen von Regierungsinitiative profitieren

Der Softwarehersteller Microsoft Corp. möchte in den nächsten drei Jahren 750 Mio. US\$ in China investieren, sowohl in neue Projekte als auch in lokale Unternehmen. Branchenkonkurrenten wie Oracle und Adobe kündigten ebenfalls ein verstärktes Engagement in der Volksrepublik an. Ein Grund hierfür sind verstärkte Bemühungen von Großunternehmen und der Verwaltung, durch den Einsatz von neuer Informationstechnologie (IT) künftig effizienter zu arbeiten. Nach Angaben der *Beijing Times* will die Regierung ihre Ausgaben für Software in diesem Jahr verdoppeln. Im vergangenen Jahr kaufte der Staat Programme im Wert von 482 Mio. US\$, dies waren 14,1% der Branchenumsätze in China. Zudem ist die Zentralregierung bestrebt, einheimische Standorte für die Hochtechnologie zu fördern. Zu diesem Zweck treiben Provinzregierungen die Konsolidierung der IT-Branche voran und fassen ihre Unternehmensbeteiligungen zu größeren Einheiten zusammen. (XNA, 13.6.02; AWSJ, 13.6.02)

Für Alex Huang, der bei Microsoft für die Region Greater China zuständig ist, gibt es heute einen weiteren Grund, in China zu investie-

ren. Die Regierung habe die Bedeutung des Schutzes von geistigem Eigentum erkannt. Behörden würden gedrängt, Originalsoftware zu kaufen. Große staatliche Systeme wie das Zollamt und die Steuerbehörde benutzen bereits Microsoft-Produkte. Seit 1993 ist das US-Unternehmen auf dem chinesischen Festland mit einem eigenen Büro vertreten. Nach einer zweiten Phase der China-Strategie seit 1998, in der Forschungs- und Entwicklungszentren in Shanghai und Beijing eröffnet worden sind, liege der Schwerpunkt in der beginnenden dritten Phase nun auf strategischen Allianzen. Im Januar gründete Microsoft ein Joint Venture mit dem Beijinger Unternehmen Sensoft, das Anwendungen für die Regierung entwickelt. Mit dem Unternehmen Wicresoft soll in Shanghai ein Zentrum zur Kundenbetreuung ausgebaut werden. (AWSJ, 11.6.02)

Neben Beteiligungen an chinesischen Firmen soll ein Teil der in Aussicht gestellten 750 Mio. US\$ in eigene Produktionsstätten, aber auch in Schulungszentren investiert werden. Das Unternehmen erklärte sich bereit, zur Prüfung und Diskussion der Investitionen ein gemeinsames Komitee mit der Kommission für Entwicklungsplanung des Staatsrats einzurichten. (AWSJ, 28.6.02) Dieser ungewöhnliche Schritt legt nahe, dass Microsoft für die Eroberung des chinesischen Marktes und vor allem den Schutz seiner Eigentumsrechte nun stärker auf die Kooperation mit der Regierung setzt – nicht mehr wie bisher auf Klagen gegen einzelne Unternehmen.

Software-Piraterie ist auch für Adobe Systems ein großes Problem. In Asien generiert der Hersteller von Programmen wie Photoshop und Acrobat 20% seines Geschäfts, hauptsächlich jedoch in Japan. Der Chef des Unternehmens Bruce Chizen schätzt, dass 97% der in China genutzten Adobe-Produkte nicht lizenziert sind; im Hauptmarkt USA würden dagegen ein Drittel der Programmkopien illegal genutzt. Dennoch verspricht sich der Manager gute Wachstumsaussichten für Adobe durch höhere Ausgaben für Software seitens der Regierung und der Unternehmen. (AWSJ, 6.6.02)

Auf einer Tagung des Softwareherstellers Oracle in Beijing kündigte Unternehmensgründer Lawrence Ellison an,

Kundenzentren in ganz China eröffnen zu wollen. Nach seinen Angaben würden die Standards von Oracle und Microsoft um Marktanteile konkurrieren. Der Kunde entscheide mit dem Kauf selbst über die Wahl der Anwendungssoftware. (AWSJ, 13.6.02) -bö-

24 Konflikte mit den USA bei Stahl und Agrarprodukten

Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) tragen die Vereinigten Staaten und China Handelskonflikte aus. Im Mittelpunkt stehen hierbei US-Stahlzölle und angebliche chinesische Exportsubventionen im Agrarbereich.

Am 7. Juni diesen Jahres beantragte das Neumitglied China zum ersten Mal die Einrichtung eines Schiedsgerichts bei der WTO, um sich gegen die im März erlassenen US-Stahlzölle zu wehren. Nachdem die USA zunächst die Entscheidung über den Antrag verzögert hatten, wurde Chinas Beschwerde zusammen mit denen der EU, Japans, Südkoreas, Norwegens, Brasiliens und der Schweiz in die Kompetenz eines einzigen Schiedsgerichts übergeben; dies gab das Streitschlichtungsgremium der WTO am 24. Juni bekannt. (WTO News, 24.6.02; HB, 25.6.02)

Das Ergebnis einer Anti-Dumping-Untersuchung der USA gegen zwei chinesische Stahlproduzenten wurde Anfang Juni verkündet: die Unternehmen Ma'anshan Iron and Steel und Weifang Steel Tube wurden von den Dumping-Vorwürfen freigesprochen, so dass es nicht zu den angedrohten Strafzöllen von 153% kommen wird. Anwälte der Firma O'Melveny & Myers, die die chinesischen Mandanten vertreten hatten, sprachen von einem positiven Signal für Chinas Wirtschaft. Unternehmen aus der Volksrepublik schrecken häufig vor den aufwendigen Verfahren zurück, die ein Einspruch gegen Dumping-Vorwürfe nach sich zieht – nicht zuletzt wegen hoher Anwaltskosten und unklarer Erfolgsaussichten. (XNA, 4.6.02)

Im Rahmen der Gespräche zum Agrarhandel beschwerte sich US-Unterhändler Allen Johnson über Verstöße Chinas gegen WTO-Regeln, die ein schnelles Zurückfahren von Subventionen für Agrarexporte vorsehen.

Maisexporte mit einem Volumen von 3 Mio. Tonnen jährlich gingen vor allem nach Südkorea zu Preisen, die unter den chinesischen Produktionskosten lägen. Ähnliche Zweifel gäbe es bei Weizen- und Baumwollexporten. Unlängst hat sich die Volksrepublik erneut zu Forderungen nach einem Abbau der Agrarsubventionen bekannt, welche die so genannten Cairns-Gruppe in der WTO vertritt.

Der US-Unterhändler Johnson sprach von zunehmender Besorgnis bezüglich der Umsetzung von WTO-Vorschriften durch China, auch über den Bereich der Landwirtschaft hinaus. Mit Unterstützung Japans und der EU setzten sich die Vereinigten Staaten für eine genaue Prüfung der chinesischen Fortschritte noch in diesem Jahr ein. Bislang hat Washington von einer formalen Beschwerde abgesehen. (FT, 20.6.02) -bö-

Binnenwirtschaft

25 Entwicklung des Privatsektors im Jahr 2001

Während die Staatsunternehmen im vergangenen Jahr 4,5 bis 5 Mio. Stellen gestrichen haben, entstanden in der Privatwirtschaft bis zu 3 Mio. neuer Arbeitsplätze, eine Steigerung um 13%. Damit hat sich die Wachstumsdynamik im Vergleich zu den 1990er Jahren verlangsamt. Damals war die Zahl der bei Privatunternehmen Beschäftigten jährlich um 29% gewachsen. Am Ende des Jahres 2001 arbeiteten nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziales 36,6 Mio. Menschen im Privatsektor.

Die Küstenprovinzen Jiangsu, Guangdong, Zhejiang und Shandong beheimaten zusammen mit den Metropolen Shanghai und Beijing über die Hälfte der gut 2 Mio. offiziell registrierten Privatunternehmen. Mehr als zwei Drittel befinden sich im Osten des Landes.

Welchen Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die private Wirtschaft erzeugt, ist unklar. Statistiken der chinesischen Regierung sprechen von 28%, während die Weltbank von 50%